

Fritz Weber

## Die Sozialdemokratie auf dem Weg von oder zu sich selbst

Gibt es eine Logik in der politischen Entwicklung der letzten 150 Jahre?

Aus heutiger Sicht erscheint der Weg, den die westeuropäische Arbeiterbewegung in den letzten 150 Jahren durchgemacht hat, mit einer starken inneren Logik begabt.<sup>1</sup> Nicht nur die sozialdemokratischen, mit Zeitverzögerung auch die kommunistischen Parteien haben sich Schritt für Schritt zu Reformparteien entwickelt, die die Existenzberechtigung des Kapitalismus grundsätzlich nicht mehr in Frage stellen. Ja, heute darf die Frage aufgeworfen werden, ob die sozialdemokratischen (und auch manche dem Namen und der Herkunft nach kommunistische) Organisationen überhaupt noch als im strengen Sinn „reformistisch“ bezeichnet werden können. Sind sie nicht bloße Verwalter des Bestehenden geworden, die von ihrer theoretischen Ausstattung her von der Hand in den Mund leben, unfähig, langfristige systemverändernde Ziele zu benennen und anzupeilen?

Dieser Verlust an Perspektive ist nicht von heute auf morgen über sie gekommen. Er hat eine lange Vorgeschichte im Denken der Parteiführer und -theoretiker und in den materiellen Grundlagen der Gesellschaft selbst. Welchen Kompass boten der Marxismus und ihm verwandte Theorien für die Praxis? Was bedeutete und welche Wandlungen erfuhr der Begriff „Arbeiterklasse“ in den letzten 100 Jahren? Wie verhielt sich das vermeintlich revolutionäre Subjekt im 20. Jahrhundert, das von zwei Weltkriegen und in der Zeit dazwischen von der bislang größten Krise des

---

Fritz Weber, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, WU Wien, D4, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien, derek.weber@tmo.at

Kapitalismus geprägt war? Das „Proletariat“ warf die ihm unterstellte und nahegelegte historische Mission über Bord, machte seinen Burgfrieden sogar mit den Hitlerischen, mehr noch: jubelte ihnen begeistert zu. Für die sozialistischen Kapitäne der Zeit nach 1945 bedeutete dies in Mitteleuropa: Sie mussten unter ihrer Besatzung mit braun gewordenen „Matrosen“ rechnen. Und sie fürchteten – die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre in frischer Erinnerung – zu Recht die negativen Folgen von Massenarbeitslosigkeit auf die Psyche der Menschen. Welche strategischen Schlussfolgerungen zogen sie daraus?

Vor dem Ersten Weltkrieg schien die Zukunft noch rosig zu sein: Die Richtung der Geschichte war für die Anhänger der sozialistischen Lehre in Mitteleuropa eine ausgemachte Sache, die Revolution mit der „Reife“ der ökonomischen Verhältnisse verknüpft. „Realpolitik“ eine vage, noch nicht erfundene Kategorie.

Mit der Weltwirtschaftskrise der Jahre nach 1929 stellte sich die Frage nach einer realpolitischen Alternative zum ersten Mal in aller Schärfe. Die Antwort darauf wurde aber nicht von den sozialistischen Parteiführern gegeben, sondern vom Faschismus. Ökonomische Experten der Arbeiterbewegung wie Rudolf Hilferding und Otto Bauer unterschätzten lange die demoralisierende Wirkung lang andauernder Arbeitslosigkeit auf die „Massen“. Diese liefen am Ende – von kleinen Minderheiten abgesehen – mit offenen Fahnen dem Faschismus hinterher.

Nicht das, was nach 1945 geschah, nicht der kleine Wohlstand, nicht das Klima der Großen Koalition, auch nicht der Kalte Krieg bilden die große Wasserscheide in der Entwicklung der Sozialistischen Partei Österreichs nach – sagen wir der Einfachheit halber – „rechts“. Es war die Unfähigkeit der Sozialisten, eine Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre zu finden. Die Volksdemokratisierung und Stalinisierung Osteuropas nach 1945 vollendete nur, was die Enttäuschung der dreißiger Jahre vorbereitet hatte, und vernichtete die letzten Reste von revolutionärer oder radikal-reformistischer Ideologie.

## Die Schwäche der Linksozialisten lange vor dem Zusammenbruch des „realen“ Sozialismus

Dieser Umschwung wurde in Österreich erleichtert durch den Zustand der kleinen linksozialistischen Gruppe innerhalb der SPÖ. Die Linken waren keine Realpolitiker; sie verstanden sich selbst als die Hüter der austromarxistischen Tradition, welche viele von ihnen im Spätwerk Otto Bauers – insbesondere in seinem 1936 erschienenen Buch *Zwischen zwei Weltkriegen?* – verkörpert sahen. Die politische Vision, die darin angesprochen worden war, die Fusion von Kommunismus und Reformismus im Zeichen des „integralen“ Sozialismus, wurde mit der Volksdemo-

kratisierung Osteuropas obsolet. Dies erleichterte es den Vertretern des rechten Parteiflügels in der SPÖ, gleichsam das linke Kind mit dem antikommunistischen Bad auszuschütten. Davon erzählt mein immerhin in zwei Auflagen erschienenenes Buch.<sup>2</sup>

Eine Frage, die immer wieder gestellt wird, ist die nach dem vermutlichen Verhalten Otto Bauers nach 1945, wäre er nicht 1938 im wörtlichen Sinn am gebrochenen Herzen gestorben. Möglicherweise wäre er in der Zeit unmittelbar nach der Befreiung Österreichs vom Faschismus für ein einheitliches Vorgehen, ja vielleicht sogar für ein Zusammengehen mit den Kommunisten eingetreten. Spätestens mit den Wahlmanipulationen in Osteuropa und der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 hätte er diese Haltung mit Sicherheit radikal revidiert.

Revolutions- und Aufstandsversuche wie am Ende des Ersten Weltkriegs gab es nach 1945 nicht: In Osteuropa half die Rote Armee nach, das Bürgertum sozusagen „bürokratisch“ zu entmachten. Und wo die Kräfte des antifaschistischen Widerstands zu stark waren, wurden sie von den Kommunistischen Parteien diszipliniert. Und im Unterschied von 1918 sprachen höchstens kleine linke Splittergruppen vom bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus. Und je mehr vom Wirtschaftssystem und von der politischen Sphäre der Sowjetunion zu erfahren war, desto skeptischer wurde der Blick nach Osten.

Heute, nach dem endgültigen, gründlichen und letzten Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Systeme in Osteuropa und der Verwandlung Chinas in ein „realkapitalistisches“ System entbehrt der völlige Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Welt nicht einer gewissen Ironie. Zusammengebrochen ist nicht der „todkranke“ Kapitalismus, sondern eben jener „Sozialismus“, der ihn – dem Selbstverständnis nach – ablösen oder doch zumindest „überholen“ wollte. Recht hatten – so mag es auf den ersten Blick scheinen – die Apologeten der freien Marktwirtschaft, jene unerschütterlichen Optimisten vom Schlage eines Joseph Alois Schumpeter, die selbst angesichts der größten Krise dieses Systems in den 1930er-Jahren nicht müde wurden, auf die „historischen“ Leistungen des Kapitalismus hinzuweisen.<sup>3</sup>

Der völlige Bankrott der „realsozialistischen“ Systeme zwingt – selbst angesichts der 2008 ausgebrochenen Weltfinanzkrise – dazu, diese Sichtweise, die dem Kapitalismus die Fähigkeit zur Regeneration im Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ zubilligte, mit umso größerer Sorgfalt neu zu überdenken. Das realsozialistische System hat weder mit besonderem ökonomischem Elan gegläntzt, noch seine Fähigkeit zu weitblickenden wirtschaftlichen wie politischen Reformen unter Beweis zu stellen vermocht. Wie viele historische Erklärungen und „Entschuldigungen“ für seine Defekte und „Entartungen“ auch immer vorgebracht werden mögen: Es bleibt eine für jeden Sozialisten deprimierende Tatsache, dass dem östlichen „Realsozialismus“ nicht ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ gefolgt ist, sondern der his-

torisch längst abgeschriebene Kapitalismus als Phönix aus der sozialistischen Asche wieder emporstieg. Die osteuropäischen Systeme sind auf genau jene Weise zusammengebrochen, wie sich Marxisten immer das Ende der Marktwirtschaft vorgestellt hatten: gründlich, von einem Tag auf den anderen, und im Grunde vollkommen überraschend für die Betreiber des Systems.<sup>4</sup>

Ob man es wahrhaben will oder nicht: Von diesen Ereignissen wurde nicht bloß die orthodox-leninistische Kirchengemeinde betroffen, sondern das ganze Lehrgebäude des Marxismus in Mitleidenschaft gezogen. Auch die gradualistischen Perspektiven der Sozialdemokratie erhielten einen Dämpfer. Planung und Sozialismus haben als positive Begriffe einer alternativen Ökonomie – zumindest für längere Zeit – jede Attraktivität verloren. Die grundsätzliche Möglichkeit planwirtschaftlicher Effizienz erscheint erneut zur Diskussion gestellt. Die Kontroverse zwischen Ludwig Mises und Oskar Lange aus der Zwischenkriegszeit, welche die Möglichkeit sozialistischer Planung zum Gegenstand hatte, muss heute anders gelesen werden als noch vor zwanzig Jahren.<sup>5</sup>

All das sind Fragen, auf die klarerweise in einem kurzen Diskussionsbeitrag nicht in aller Ausführlichkeit eingegangen werden kann. Nichtsdestoweniger müssen sie im Kopf des mitdenkenden Welt-Beobachters lebendig sein.

## Systemkrisen und wirtschaftspolitische Fehleinschätzungen

In der Geschichte geht es – obwohl beide nicht fein säuberlich voneinander geschieden werden können – nicht immer unmittelbar um „System-“, sondern auch um perspektivische „Tagesfragen“. Der Transformationsprozess der Arbeiterparteien zu reformatorischen Institutionen begann schon lange vor dem Ersten Weltkrieg. Eigentlich waren sie nie das, was von ihnen behauptet wurde und was sie selber zu sein beanspruchten: Agenturen der Revolution. Offen und in konsequenter Ausformung zutage trat dies jedoch – sieht man von England und den skandinavischen Ländern ab – erst nach 1945. Und überall war diese Veränderung verbunden mit der Einsicht in die Notwendigkeit der Formulierung konkreter wirtschaftspolitischer Ziele. Die zwingende Notwendigkeit dazu ergab sich zum ersten Mal in den Jahren zwischen 1918 und 1938, insbesondere in der Weltwirtschaftskrise. Die Auseinandersetzung um die *Arbeitsbeschaffung* entzweite in Mitteleuropa die aus der Gewerkschaftsbewegung kommenden Reformökonomien (wie Fritz Tarnow und Wladimir Woytinsky) und eher orthodoxe Marxisten wie Rudolf Hilferding und Otto Bauer.

Bei dieser Auseinandersetzung ging es nicht mehr um die „große“ Alternative „reformistisch“ oder „revolutionär“, sondern um die alte Frage, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts schon David Ricardo und Thomas Robert Malthus entzweit hatte:

Ob die Marktwirtschaft ein in sich stabiles System sei, in dem sich Angebot und Nachfrage die Waage halten, ob also auf lange Sicht Krisen gleichsam durch automatische Stabilisatoren von selbst überwunden werden könnten oder ob nicht doch der Staat in Zeiten einer Wirtschaftskrise dazu aufgefordert sei, konjunkturpolitische Gegenmaßnahmen zu setzen.

Den Sieg trugen – historisch gesehen – in den 1930er-Jahren jene davon, die sich unter dem Banner der *Vollbeschäftigung* zusammenfanden. Dieser Begriff und der Gedanke der Konjunkturpolitik taucht zum ersten Mal – beeinflusst von den Erfahrungen der schwedischen Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre und den theoretischen Einsichten des englischen Ökonomen John Maynard Keynes – im Zweiten Weltkrieg in den Schriften des sozialdemokratischen Exils auf.<sup>6</sup> Die Radikalität der Alternative, die hier zur Disposition stand, hat wohl kaum ein anderer so früh und offen zur Sprache gebracht wie der österreichische Gewerkschafter Johann Schorsch, der unmittelbar nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes vom 12. Februar 1934 der Führung der Sozialdemokratie das Fehlen einer „positiven Einstellung zur Krisenlösung“ vorhielt und ihr vorwarf, bis zum bitteren Ende an der „privatkapitalistischen Formel von Angebot und Nachfrage“ festgehalten zu haben. Er warf – als Lehre aus dem Sieg des Faschismus – die Frage auf, ob die Arbeiterbewegung „in der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft dauernd nur als Zuschauer fungieren könne“.<sup>7</sup> Der deutsche Gewerkschaftsökonom Fritz Tarnow meinte dasselbe, als er schrieb: „Die Einullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik muß durch eine Wirtschaftspolitik abgelöst werden, die sich die Regulierung der Wirtschaft, Bekämpfung der Depressionskräfte, Vorbeugung der Krise zum Ziel setzt.“<sup>8</sup>

Es war *diese* Tendenz, die nach 1945 den endgültigen Sieg über die Anhänger einer unmittelbar bevorstehenden radikalen Umformung des Kapitalismus davontrug, auch wenn die offene Übernahme keynesianischer Ideen ein Prozess war, der nicht von heute auf morgen vor sich ging. In diesem Zusammenhang wäre darüber nachzudenken, ob dies eher die Begleiterscheinung einer unvorhersehbaren gesellschaftlichen Entwicklung war oder ob nicht vielmehr ein spezifischer theoretischer Defekt des Marxismus selbst den Weg in diese neue Richtung notwendig gemacht hat.

Wir reden hier nicht von den Spekulationen über den ersehnten nahen Untergang eines „verfaulenden“ kapitalistischen Gesellschaftssystems, nicht von irgendwelchen „Zusammenbruchstheorien“, sondern von Missverständnissen bezüglich des *langfristigen* Überlebens der Marktwirtschaft trotz aller Krisen und über alle Krisen hinweg.

Bei Karl Marx selbst findet sich die Vorstellung einer letzten, den Zusammenbruch des Systems einläutenden Krise nicht. Marx' Argumente zielten eher auf die „Verneinung der Möglichkeit der unbegrenzten kapitalistischen Expansion“ als auf eine „Lehre von dem spezifisch ökonomischen Zusammenbruch der kapitalisti-

schen Produktion“.<sup>9</sup> Seine Anschauungen knüpften an die *Stagnationstheorie* der klassischen Schule der Nationalökonomie an<sup>10</sup>, die am Ende der kapitalistischen Entwicklung einen „stationären Zustand“ heraufdämmern sah, der im unvermeidlichen Fall der Profitrate seine Ursache hatte.<sup>11</sup>

Bei Marx sind diese bürgerlichen Ängste zur Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate kondensiert. Auch er spricht im *Kapital* von jenem fernen Zeitpunkt, in dem „die Stunde des kapitalistischen Privateigentums“ schlägt.<sup>12</sup> Aber erst beim alten Engels, bei Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und anderen nimmt diese „letzte Stunde“ eine wörtlich gemeinte Bedeutung an. Es war Friedrich Engels, der im Vorwort zur Neuauflage von Marx' Schrift über das „Elend der Philosophie“ von dem „notwendigen, sich vor unser aller Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise“ sprach<sup>13</sup> und in allen Wirtschaftskrisen die jeweils „letzte“ und „endgültige“ Krise des Kapitalismus zu erkennen vermeinte.

Von Engels leitete sich jenes allgemein akzeptierte Vorurteil bezüglich des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems her, das sich bei Viktor Adler in dem Satz von der „letzten Stunde“ verdichtete, in der die kapitalistische Ordnung „ganz von selbst“ zusammenbrechen werde, „ohne daß man sozusagen dabei nachzuhelfen brauchte“.<sup>14</sup>

## Der Marxismus als unpraktische Theorie wirtschaftspolitischen Handelns

Der Marxismus erwies sich als starke Theorie dort, wo er „kritisch“ war, in der Negation, oder – praktisch gesprochen – in der Fundamentalopposition gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Dem Anspruch jedoch, Anleitung oder doch zumindest zuverlässiges Koordinatensystem für das tägliche Handeln zu sein, wurde er nicht gerecht. Marx' Politische Ökonomie war an langfristigen Fragestellungen orientiert; sie konnte schon aus diesem Grund kaum als theoretisches Fundament für wirtschaftspolitische Rezepte dienen.

Demgegenüber waren die Anhänger des Reformismus schon vor 1914 zu der Überzeugung gelangt, dass der Weg der „Naturgesetzanbeter, die sich auf Bergsturz und Überschwemmung verlassen“, prekär sei.<sup>15</sup> Wenn der Reformismus auch keine Veranlassung sah, in einer Zeit der Prosperität über realpolitische Eingriffe in den Markt nachzudenken, so war er doch gedanklich bereits in die Nähe jenes Weges geraten, auf den die gesamte Sozialdemokratie nach 1918 unter dem Zwang der Verhältnisse gedrängt werden sollte: Dass nämlich die Partei zu wichtigen Tagesfragen praktische Lösungsvorschläge erarbeite müsse. Er war nur, um ein abgegriffenes Bild zu strapazieren, vorerst noch nicht in der Lage, wirtschaftspolitische Rezepte

für den Handkoffer des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus zur Verfügung zu stellen. Es kann daher als symptomatisch angesehen werden, dass die sozialdemokratischen Parteiprogramme vor 1914 zu wirtschaftspolitischen Fragen im engeren Sinn überhaupt nicht Stellung bezogen.

Interventionistische Ideen finden sich hingegen im sogenannten „Koerber-Plan“, einem „bürgerlichen“ Plan, der zu Anfang des 20. Jahrhunderts für die Donaumonarchie große öffentliche Infrastruktur-Investitionen zur Ankurbelung der Konjunktur vorsah. Elemente davon flossen erst später in die sozialdemokratischen Vorschläge zur Vermeidung der in der Zeit der Übergangswirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg in der Donaumonarchie zu erwartenden Demobilisierungsarbeitslosigkeit ein.<sup>16</sup> Diese bereits in die Zwischenkriegszeit hinüberraagenden Ideen bilden das erste Exempel eines bewusst, aufs praktische wirtschaftspolitische Engagement zielenden Denkens der Sozialdemokratie.

Im Übrigen bildete *Modernisierung*, nicht Revolutionierung den Kern der so verstandenen sozialistischen Wirtschaftstheorie. Die Sozialdemokraten betrachteten sich selbst als die wahren Vertreter des industriellen Fortschritts, da sie – frei von kapitalistischen Partikularinteressen – dazu ausersehen schienen, das „Gesamtinteresse“ der Industrie zu wahren.

## Vom Automatismus zum Interventionismus: Die Probleme der Zwischenkriegszeit

Nicht zufällig waren es die sozialdemokratischen Politiker, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Österreich zukunftsweisende Projekte wie den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft und die Elektrifizierung der Eisenbahnen initiierten.<sup>17</sup> All diese Vorhaben hatten – auch wenn vorübergehend von einer *Sozialisierung* der Elektrizitätserzeugung die Rede war – wenig mit genuin sozialistischen Zielsetzungen zu tun. Auch sie fielen in den Bereich der Modernisierung.

Die im Vergleich mit der Periode vor 1914 starke Involvierung von Sozialisten in industrie- und wirtschaftspolitische Belange sollte über die ganze Zwischenkriegszeit hinweg aktuell bleiben. Sowohl Gemäßigte wie Radikale mussten sich mit dem Nachdenken über realpolitische Eingriffe anfreunden, bei denen die Vermittlung zum sozialistischen Endziel nur noch schwer zu erkennen war. Beiden hätte jedoch dabei die Notwendigkeit positiver wirtschaftspolitischer Initiativen klarwerden können. Doch begnügten sich die meisten Sozialisten mit der Vorstellung, dass der Überwindung von politisch (durch den Zusammenbruch der Monarchie) motivierten Sonderkrisen die Rückkehr zur Normalität folgen würde und der Staat sich danach wieder auf eine sozialpolitische Rolle zurückziehen könnte. Erst als sich her-

ausstellte, dass die europäische Wirtschaft keineswegs zu dem als „normal“ erachteten Wachstumsmuster der Zeit vor 1914 zurückfinden würde, mussten neue Wege betreten werden, für die in den Lehrbüchern des Marxismus wie im gesamten geistigen Arsenal der Sozialdemokratie keine Vorlagen zu finden waren.

Dies führte bald zu nachfragetheoretischen Überlegungen, wie sie im 19. Jahrhundert von den Vertretern der Unterkonsumtionstheorie, wie Malthus oder Sismondi, angestellt worden waren. Die Forderung nach Lohnerhöhungen zur Stärkung der Massenkaufkraft, wie sie in der Rationalisierungsdebatte der späten zwanziger Jahre von gewerkschaftlicher Seite erhoben wurde, war so gesehen die Vorstufe all jener Programme, in denen zu Anfang der dreißiger Jahre die Losung der *Arbeitsbeschaffung* ausgegeben wurde.<sup>18</sup>

Ein phantasievoller eigener Weg wurde sehr früh im *Roten Wien* eingeschlagen. Die – vor allem als Wohnbaupolitik – konzipierte kommunale Wirtschaftspolitik beruhte im Wesentlichen auf der steuerlichen Umverteilung von Einkommen und der Bündelung individueller Nachfragesplitter zu konzentrierter öffentlicher Nachfrage. Anders ausgedrückt: Ihr Ziel war die Umlenkung von Nachfrageströmen vom Konsum- in den Investitionsgütersektor mit sozialen Hintergedanken. Da aber der Erfolg dieser Politik auf der Höhe der Steuereinnahmen beruhte, wirkte diese prozyklisch, d.h. gerade dann, wenn ihr Einsatz am dringendsten geboten war, waren die finanziellen Mittel am rarsten.<sup>19</sup>

Grundsätzlich aber blieben staatliche oder kommunale Budgetdefizite auch in der Arbeiterbewegung verpönt. Defizite waren auf dem Anleiheweg zu konsolidieren. Alles andere galt – zumal nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre – als inflationär. Es ist denn auch argumentiert worden, dass die hartnäckige Ablehnung der Arbeitsbeschaffung durch Otto Bauer und Rudolf Hilferding aus den Inflationserfahrungen zu erklären sei.<sup>20</sup> Doch warum, so muss gefragt werden, waren die besonders reformistischen, dem Marxismus weniger verbundenen Gewerkschafter in dieser Hinsicht weniger ängstlich?

Der Grund dafür waren spezifische Denkdefekte, die es den marxistischen Wirtschaftsexperten erschwerten, auf die neuen Herausforderungen zeitgerecht, flexibel und undogmatisch zu reagieren. Ähnlich den liberalen glaubten auch die marxistischen Ökonomen an die ehernen Gesetze der Marktwirtschaft. Diese mussten in ihren Augen zwar unvermeidlich zu Wirtschaftskrisen führen, die aber durch dem System inhärente Selbstheilungsmechanismen entschärft würden. Staatliche Eingriffe und geldpolitische Manipulationen konnten auch nach Ansicht der marxistischen Experten die Krise nur verschlimmern.

Dass neben der Idee einer sanften Deflation und der verbalradikalen Beschwörung von Verstaatlichung und Planung bis 1933 innerhalb der Arbeiterbewegung kein „dritter“ Weg akzeptiert wurde, ist Teil der politischen Tragik dieser Zeit: Die

Amalgamierung von Tages- und Zukunftsinteresse gelang mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit immer weniger. Das kurzfristige Interesse an der Sicherheit des schönen Arbeitsplatzes begann die schöne Vision des sozialistischen Zukunftsstaates zu verdrängen. Und da die Sozialisten kein realistisches wirtschaftspolitisches Konzept anzubieten hatten, waren ihre Anhänger der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungs-Demagogie schutzlos ausgeliefert.

Erst nachdem der Faschismus in Deutschland gesiegt hatte, waren Marxisten wie Otto Bauer – aus *politischen* Gründen, nicht aus wirtschaftspolitischer Überzeugung – bereit, die von gewerkschaftlicher Seite angedachte Parole „Arbeit für 200.000“ zu akzeptieren.

Die Frage erscheint zumindest erwägenswert, ob nicht gewisse abweichende Traditionen in der Arbeiterbewegung – wie etwa das geringere Gewicht des Marxismus – die früher einsetzenden alternativen Überlegungen zu Arbeitslosigkeit und Konjunkturpolitik in England und Schweden mit erklären könnten. In der Tat dürfte in den „Ricardianischen Grundlagen des Marxismus“<sup>21</sup> und in der damit verbundenen metallistischen Konzeption des Geldes<sup>22</sup> der verborgene Kern aller marxistischen Denkhemmungen der frühen dreißiger Jahre zu suchen sein. Wenn Otto Bauer 1936 daher die Weltwirtschaftskrise als notwendige Reinigungskrise des Kapitalismus interpretierte, in der die durch die Inflation des Ersten Weltkriegs künstlich aufgeblähten Preise auf das *Wertniveau* zurückgeführt worden seien, in der – mit anderen Worten – „das natürliche Austauschverhältnis zwischen Ware und Gold“ gleichsam mit Naturgewalt wiederhergestellt worden sei<sup>23</sup>, so war dieser Gedankengang durchaus konsequent.

## Auf dem Weg zu Keynes

Wie vor 1918 spielten auch in der Zwischenkriegszeit Leitsätze zur Wirtschaftspolitik in den Programmen der Arbeiterparteien keine große Rolle. Man vergleiche nur das *Linzer Programm* der österreichischen Sozialdemokratie von 1926 mit den Aussagen des Parteiprogramms der SPÖ von 1958, in dem der Auseinandersetzung mit der Trias Planung, Wirtschaftslenkung und Vollbeschäftigung ein eminenter Stellenwert zukommt. In den rund 30 Jahren, die zwischen den beiden Programmen lagen, hatten sich die Welt wie die Sicht auf die Welt durch die Sozialisten und Gewerkschafter radikal verändert. Dazwischen lagen die traumatischen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, des Faschismus und – für einen Teil der Betroffenen – die neuen Einsichten und Erkenntnisse, die sie im Exil in den westlichen oder skandinavischen Demokratien hatten gewinnen können.

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich ging das Umdenken von den Gewerkschaften aus.<sup>24</sup> Otto Bauer hatte noch 1931– unter Verweis auf die „Illusionen der inflationistischen Theorien“ – die Ansicht vertreten, „daß ... der kapitalistische Staat überhaupt nicht fähig ist, den Geschäftsgang zu regulieren.“ Nicht durch die Politiker, schrieb er explizit und in Schumpeterianischer Manier, sondern „durch die Ingenieure“, durch „Anstöße ... aus der technischen Entwicklung“, könne die Krise überwunden werden.<sup>25</sup>

Nach der vorübergehenden „keynesianischen“ Wende von 1933 – mit dem Programm „Arbeit für 200.000“ – kehrte Otto Bauer rasch wieder zu seinen ursprünglichen Ansichten zurück, wie überhaupt die illegale Arbeiterbewegung dem Thema Arbeitsbeschaffung und Konjunkturpolitik in den späten dreißiger Jahren gegenüber politischen Fragen keine große Bedeutung zumaß. In Bauers berühmter Studie *Zwischen zwei Weltkriegen?* aus dem Jahr 1936 ist viel von den unabänderlichen Gesetzen des Kapitalismus die Rede; das Wort „Arbeitsbeschaffung“ kommt auf den 355 Seiten des Buches nur ein einziges Mal vor – in Anführungszeichen gesetzt, als sogenannte Arbeitsbeschaffung im Gefolge der Aufrüstung im Deutschen Reich.<sup>26</sup> Weder der nach den drei Autoren Woytinsky, Tarnow und Baade benannte WTB-Plan der deutschen Gewerkschaften, noch der amerikanische New Deal oder die neue Konjunkturpolitik der schwedischen Sozialdemokraten werden darin erwähnt.

Doch gibt es aus dieser Zeit auch ein anderes Dokument aus dem sozialdemokratischen Exil: In Adolf Sturmthals 1937 in der Schweiz erschienenem Buch *Die große Krise* wurde die unorthodoxe Konjunkturpolitik in Schweden (im Gegensatz zur Aufrüstung im Dritten Reich) als gleichsam „echte“ Arbeitsbeschaffung charakterisiert.<sup>27</sup>

Am frühesten scheinen solche Ideen bei den nach Schweden geflüchteten österreichischen Sozialisten auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, wo in Gestalt der *Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten* ein Forum geschaffen worden war, in dem mitteleuropäische Sozialisten wie Bruno Kreisky und Willy Brandt und der deutsche Gewerkschafter Fritz Tarnow mit ihren schwedischen Gesinnungsfreunden zusammentrafen. Verstaatlichung, Planung und *deficit spending* verschmolzen hier zu einer – nicht immer widerspruchsfreien – Einheit.<sup>28</sup> Die Grundrichtung war allerdings klar. Sie lautete – um einen Artikel Fritz Tarnows zu zitieren – „Volle Beschäftigung.“<sup>29</sup>

Nach 1945 wiederholte sich in gewisser Weise das Muster der Zwischenkriegszeit: In den Gewerkschaften vermochten sich die Keynesianer weitaus früher durchzusetzen als in den sozialdemokratischen Parteien. Während etwa der Österreichische Gewerkschaftsbund bereits zu Anfang der fünfziger Jahre Broschüren wie *Keynes' neue Wirtschaftslehre* herausgab<sup>30</sup>, stand das *Aktionsprogramm* der SPÖ von 1947 dem *Linzer Programm* von 1926 noch weitaus näher als dem Parteiprogramm von 1958.<sup>31</sup>

Dennoch: Der innerparteiliche Siegeszug des Keynesianismus war auf Dauer nicht aufzuhalten. Der immer etwas undogmatische kommunistische Ökonom Theodor Prager nannte dafür 1953 einen pragmatischen, aber nicht unplausiblen Grund: Der SPÖ habe „seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre selbst der Schein jeder einigermaßen geschlossenen Theorie“ gefehlt und sie habe in ihrer wirtschaftspolitischen Argumentation „von der Hand in den Mund“ leben müssen. Mit der „etwas verspäteten Entdeckung“ von Keynes durch die Sozialisten habe im Nachhinein eine theoretische Begründung erfahren, „was seit 1945 gewissermaßen die instinktive Wirtschaftspolitik“ der SPÖ gebildet habe.<sup>32</sup>

Zu dieser Zeit gab es in der SPÖ zwar bekennende Keynesianer wie Karl Autsch oder Stefan Wirlandner, aber noch lange keine keynesianische Hegemonie. Die Formulierung wirtschaftspolitischer Leitlinien lag in der Kompetenz Karl Waldbrunners, des für die verstaatlichte Industrie zuständigen Ministers, der zu den innerparteilichen Kontrahenten des linken Flügels zählte, für Wirtschaftsplanung und Vollbeschäftigung eintrat, aber – und das soll seine Verdienste nicht schmälern – in manchen wirtschaftspolitischen Belangen eher den überkommenen orthodox-marxistischen Ideen nachhing.<sup>33</sup>

In den in die Oppositionsrolle gedrängten kommunistischen Parteien Westeuropas setzten sich vergleichbare wirtschaftspolitische Ideen naturgemäß noch später durch: Aber auch die Eurokommunisten vermochten sich dem Zwang zur Formulierung realpolitischer Konzepte auf Dauer nicht zu entziehen.

Waldbrunner war, historisch betrachtet, eine Übergangsfigur zwischen den mit Pragmatismus angereicherten „marxoiden“ Ideen der Zwischenkriegszeit und den – zum Teil vom Marxismus zum linken Keynesianismus bekehrten – neuen Ökonomen der SPÖ. Von diesen lässt sich schwerlich sagen, dass sie die Sozialistische Partei nach rechts bewegt hätten. Sie suchten einfach eine Alternative zu dem, was mit dem „alten“ theoretischen Instrumentarium im *praktischen* Bereich nicht erreichbar war und strebten bewusst etwas an, was man *linke Realpolitik* nennen könnte.<sup>34</sup> Diese Politik aber ist mit den traditionellen Begriffen von „revolutionär“ oder „reformistisch“ nicht mehr zureichend zu analysieren.

Inzwischen sind die sozialdemokratischen Parteien – im Einklang mit dem allgemeinen Paradigmenwechsel in der Welt des Wirtschaftens – noch einen Schritt weiter (nach „rechts“) gegangen. Der „austrokeynesianische“ Weg der SPÖ in der Ära Kreisky (1970–1983)<sup>35</sup> wurde von manchen einflussreichen Sozialdemokraten schon in den 1990er-Jahren als überzogen empfunden. Auf den post-marxistischen Kurs der ersten Nachkriegsjahrzehnte folgte ein *post-keynesianischer* Weg mit etlichen Berührungspunkten zum Neoliberalismus. In jüngerer Zeit wurden immer öfter auch populistische Töne abseits jeder theoretischen Fundierung angeschlagen. Ob die Finanzkrise von 2008 eine grundsätzliche Revision und Umkehr eingeleitet

haben wird, bleibt abzuwarten, erscheint aber eher zweifelhaft. Nach wie vor mangelt es an einer einigermaßen konsistenten sozialdemokratischen Theorie der Wirtschaftspolitik.

Realpolitik hat – so darf man meinen – ihre eigene Logik. Sie führt, indem sie sich den sogenannten „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ anschmiegt, durchwegs auf einen *dritten Weg* nach „rechts“. In den letzten, von Globalisierung und Neoliberalismus geprägten 30 Jahren hat sich die Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung weitgehend in einem Raum bewegt, der nicht mehr von eigenständigen sozialdemokratischen oder links-keynesianischen Vorstellungen geprägt war. Zugleich ist an die Stelle langfristiger strategischer Überlegungen in allgemeinen politischen Fragen die Orientierung am kurzfristigen Erfolg getreten. In der Tendenz lässt sich dieses Phänomen aber schon in der Nachkriegsperiode nach 1945 beobachten: Oskar Helmer, der stellvertretende Parteivorsitzende, nannte das damals die Politik des „Möglichst-viel-in-die-Scheune-Bringens“.<sup>36</sup> Die Ausschaltung des an den Grundsätzen des Austromarxismus orientierten linken Flügels in der SPÖ in den ersten Jahren nach 1945 war – so gesehen – „Parteinotwendigkeit“ und zugleich ein erster wichtiger Schritt in die Richtung, die das theorielose Heute dominiert.

## Anmerkungen

- 1 Der Autor des Artikels kann den ihm vorgeschlagenen Korrekturen zur Geschlechterdifferenzierung (Asterisk oder Doppelformulierungen) wegen der – wie er meint – sprachlich-ästhetischen Verhässlichung wenig abgewinnen, da sie das Nachvollziehen des Argumentationsflusses beeinträchtigen. Er ist der Redaktion der ÖZG dankbar, dass sie auf diesbezügliche Eingriffe verzichtet hat.
- 2 Fritz Weber, *Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–50*, 1. Auflage Wien 1986, 2. Auflage Wien 2011.
- 3 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946.
- 4 Eine Auseinandersetzung mit dem chinesischen Modell, einer dem Anspruch nach „sozialistischen“ Marktwirtschaft, muss hier unterbleiben.
- 5 Ludwig Mises, *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen*, in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* 47/1 (1920), 86–121; ders., *Gemeinwirtschaft*, Jena 1922; Oskar Lange/Fred M. Taylor, *On the Economic Theory of Socialism*, Minneapolis 1938; Oskar Lange, *Ökonomisch-theoretische Schriften*, hrsg. von Halina Jaroslawska, Frankfurt am Main 1977.
- 6 Fritz Weber, *Zwischen Marx und Keynes*, in: Wolfgang Maderthaler/Helmut Gruber (Hg.), *Chance und Illusion. Labor in Retreat*, Wien/Zürich 1988, 81ff.
- 7 Internationales Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam), Bestand: International Federation of Trade Unions, Nr. 157 (Johann Schorsch/Walter Schevenels, Bericht über Österreich).
- 8 Zitiert nach Michael Schneider, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB*, Bonn/Bad Godesberg 1975, 73.
- 9 Paul Sweezy, *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Frankfurt am Main 1974, 226 f.
- 10 Vgl. Eduard März, *Einführung in die Marxsche Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Wien 1976, 292ff.
- 11 Vgl. John Stuart Mill, *Grundsätze der politischen Ökonomie*, 2. Bd., Jena 1922, 388; Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, München 1978, 82; David Ricardo, *Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Frankfurt am Main 1980, 100f.

- 12 Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin (DDR) 1962, 790.
- 13 Zitiert nach Karl Kühne, Ökonomie und Marxismus, Bd. 2, Neuwied/Berlin 1974, 517.
- 14 Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890, 45.
- 15 Karl Renner, Marxismus, Krieg und Internationale, Stuttgart 1917, 59.
- 16 Emmy Freundlich, Zur Frage der Übergangswirtschaft, in: Der Kampf, Bd. 11 (1918), 120ff.
- 17 Siehe dazu Eduard März, Austrian Banking & Financial Policy. Creditanstalt at a Turning Point, 1913–1923, London 1984, 515ff.
- 18 Siehe: Ulrike Weber-Felber, Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik, Wien/Zürich 1990, 108ff, 183ff.
- 19 Vgl. Günther Chaloupek, Die Metropole als Hauptstadt der Republik Österreich, in: Günther Chaloupek/Peter Eigner/Michael Wagner, Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, Teil 1: Industrie, Wien 1991, 485–543, 498–501; Maren Seliger/Karl Ucakar, Wien. Politische Geschichte 1740–1934, Geschichte der Stadt Wien, Teil 2, Wien 1985, 1094ff.; Felix Czeike, Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik. Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, Wien 1962, 88ff.
- 20 Vgl. Eduard März/Maria Szecsi, Otto Bauer als Wirtschaftspolitiker, in: Wirtschaft und Gesellschaft 10 (1984), 61–77.
- 21 John Maynard Keynes, Brief an George Bernard Shaw vom 1. Jänner 1935, in: Collected Writings, vol. XXVIII, London 1982, 42 (Übersetzung vom Verfasser)
- 22 Marx' Produktionssphäre ist eine geldlose. Geld repräsentiert als bloßes Tauschmittel „Waren wie Gold und Silber“, die „ausschließlich den Zirkulationsprozeß behausen“. (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, MEW, Bd. 24, Berlin (DDR) 1962, 137f.) Papiergeld ist nur dann wirkliches Geld, wenn es „Goldquanta repräsentiert, die, wie alle anderen Warenquanta, auch Wertquanta (sind).“ (Ders., Das Kapital, 1. Bd., MEW, Bd. 23, 142.)
- 23 Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936, 21f.
- 24 Siehe: Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm; Weber-Felber, Wege aus der Krise.
- 25 Otto Bauer, Wird die Weltwirtschaftskrise überwunden werden?, in: Arbeiter-Zeitung, 24.5.1931.
- 26 Siehe: Bauer, zwischen zwei Weltkriegen?, 72ff.
- 27 Adolf Sturmthal, Die große Krise, Zürich 1937, 244, 322f und 334f. Siehe auch: ders., The Tragedy of European Labour 1918–1939, London 1944. Sturmthal war seit 1925 Sekretär Friedrich Adlers bei der Zweiten Internationale in Zürich gewesen.
- 28 Vgl. Fritz Weber, Zwischen Marx und Keynes, 92ff.
- 29 Abgedruckt im Anhang zu ebenda, 106–109.
- 30 Karl Forchheimer, Keynes' neue Wirtschaftslehre, Wien 1952. Im Vorwort des Verfassers hieß es lapidar: Keynes' Lehren „zielen auf dauernde Vollbeschäftigung ab [...] Ihre Anwendung liegt also im Interesse der Arbeiterschaft [...]“ (S.7).
- 31 Das Aktionsprogramm ist abgedruckt in: Von der Klassengesellschaft zur sozialen Demokratie. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme 1889–1978, Wien o.J., 65–68.
- 32 Theodor Prager, Ein Ökonom der Monopole und der Rechtssozialisten, in: Weg und Ziel 3/1953, 169 und 180.
- 33 Vgl. Fritz Weber, Österreichs Sozialisten auf dem langen Marsch zum Keynesianismus, in: Hannes Androsch/Anton Pelinka/Manfred Zollinger (Hg.), Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für ein neues Österreich, Wien 2006, 265–286, 276ff.
- 34 Die Grundlagen für den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Kreisky wurden in den innerparteilichen Diskussionen der 1960er-Jahre gelegt. Siehe dazu die bei Fritz Weber (Hrsg.), Nichts als Pragmatismus? Österreich zwischen Rekonstruktion und Restauration 1945–1966, Wien 2000, 264ff abgedruckten Dokumente.
- 35 Siehe: Fritz Weber/Theo Venus (Hg.), Der Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis, Wien 1993; Christian Dirninger, Austrokeynesianismus. Zur wirtschaftspolitischen Rolle des Staates, Wien/Köln/Weimar 2017.
- 36 Vgl. Helmers Stellungnahme auf dem SPÖ-Parteitag 1947, im Original zitiert in Weber, Der Kalte Krieg, 51.